

Rede zum Erlass der Haushaltssatzung 2024 am 29. November 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Auch im Jahr 2023 hat sich gezeigt, dass die AfD die einzige wirkliche Opposition im Dorstener Rat ist. Wie schon im letzten Jahr ausgeführt, haben sie auch in diesem Jahr in allen wesentlichen Punkten wie eine große Blockpartei agiert.

Selbstverständlich haben Sie fast kritiklos die Politikvorgaben der Regierenden in Berlin und Düsseldorf in Dorsten übernommen.

Dazu gehört als erstes die völlig fehlgelaufene Migrationspolitik, die von Frau Merkel mit Eröffnung unserer Grenzen für alle Personen, die das Wort Asyl aussprechen können, begonnen hat.

Infolgedessen ist der Wohnungsmarkt in Dorsten leergefegt. Die Dorstener Bürger finden keinen adäquaten Wohnraum mehr, da die von Ihnen sogenannten Schutzsuchenden, die in der Realität in unsere Sozialsysteme einwandern, grundsätzlich bei der Wohnungsvergabe priorisiert wurden.

Bezeichnend war ihr Umgang mit einer Bürgerinitiative, die sich gegen den Neubau von Migrantenwohnungen mittels eines Bürgerantrages gewehrt haben. Ihr Anliegen wurde mit der Mehrheit von CDU SPD Grüne abgelehnt.

Die finanziellen Lasten, die aus dieser sintflutartigen Migrationswelle resultiert, führt zu enormen Kosten und Sparbemühungen im Haushalt. Dabei würde aufgrund der hohen Steuereinnahmen der Staat in seiner Gesamtheit in Geld schwimmen, wenn dieses Geld nicht mit vollen Händen rausgeschmissen würde. Ca. 27 Milliarden werden jährlich für Asylbewerberleistungen aufgewandt. Dabei sind die Kosten von Schulen und Kitas, sowie sonstige staatliche Aufwendungen, noch nicht enthalten.

Für Entwicklungshilfen gibt die Bundesregierung über 11 Milliarden aus. Hierdurch wird jedoch die Migration nicht gebremst.

Die Lasten spüren alle Bürger und mit Ihnen die überforderten Kommunen.

Hinzu kommen enorme Preissteigerungen für Strom und Energie. Nach dem, von Frau Merkel eingeleiteten Ausstieg aus der Atomenergie, hat die Ampel Regierung in Berlin, die letzten Atomkraftwerke aus ideologischen Gründen abgeschaltet. Stattdessen wird jetzt Atomstrom aus Frankreich und schmutziger Kohlestrom aus Polen teuer importiert. Die Folgen müssen wir alle tragen. die gegen Russland verhängten Sanktionen haben sich als Kostentreiber bezüglich des Gasimportes ausgewirkt

AfD- Ratsfraktion Dorsten / Leineweber 29.11.2023

Die daraus resultierenden Sparmaßnahmen spüren alle Bürger. Hinzu kommen allerdings auch hausgemachte Probleme.

Auf 19,4 Millionen € hat sich der nunmehr abgerechnete Verlust aus Währungsspekulationskrediten in über 20 Jahren summiert. Hier gilt der Spruch: der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind. Bei der kritischen Auseinandersetzung mit der nicht erfolgten Risikobewertung bei der Aufnahme dieser Kredite, gab es plötzlich keine Verantwortlichen mehr. Stattdessen stellten sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD einen Persilschein aus. Dieses Thema wäre nicht Bestandteil ihrer Kontrollfunktion im HFA gewesen. Leider haben sie dabei die gesetzlichen Regelungen der GO NW ignoriert. Auf § 55 (3) und (5) GO NW wird verwiesen. Überwachung der Verwaltung und Recht zur Akteneinsicht.

Ihre entsprechende Pflicht besteht also unabhängig davon, ob sie im Rahmen eines Ausschusses damit befasst sind oder nicht.

Diese Kritik ist berechtigt,

Der Rat der Stadt Dorsten hat vor vielen Jahren einstimmig beschlossen, unser Rathaus zu sanieren und mit einem Anbau zu erweitern. Zum damaligen Zeitpunkt war die AfD noch nicht im Rat vertreten. Anderenfalls wären unsere Gegenstimmen sicher gewesen.

Wir stellen nicht in Abrede, dass das Rathaus renoviert werden muss. Der Neubau scheint uns jedoch überflüssig und vermeidbar. Ein Blick in unsere Nachbargemeinde Marl zeigt die übliche Preisexplosion, wenn die öffentliche Hand baut. Dort ist die Rathaussanierung völlig aus dem Ruder gelaufen. Die geplanten Kosten von 40 Mio. € haben sich vervielfacht. Die AfD wird in Dorsten alles tun, um das Verbrennen von Bürgergeld zu verhindern.

Vor einer Woche wurde im HFA ein Bürgerantrag gemäß § 24 GO NW behandelt. Hier geht es um die gerechtfertigten Bedenken der Bürger aus Dorsten Altendorf Ulfkotte, denen eine große Konverteranlage nur wenige 100 m von ihren Häusern entfernt, zugemutet wird.

Bezeichnend war für uns die Reaktion des Bürgermeisters, der als erstes seine Antipathie gegen die Unterstützung des Bürgerprotestes durch AfD zum Ausdruck brachte. Dem Bürger gegenüber machte er deutlich, dass die Tatsache, dass er diesen Bürgerantrag überhaupt behandle, eine großzügige Entscheidung durch ihn wäre. Die umfangreiche Expertise, die vom antragstellenden Bürger eingereicht wurde, lobte er zwar, vergaß aber völlig die ihm obliegende Fürsorge für die Gesundheit der Dorstener Bürger, die möglicherweise durch diese Anlage in Gefahr gebracht wird.

Was bringt uns das Jahr 2024 auf kommunaler Ebene?

Ohne jeden Zweifel muss gespart werden und eventuell müssen auch Einnahmen erhöht werden.

AfD- Ratsfraktion Dorsten / Leineweber 29.11.2023

Unser Kämmerer hat dankenswerterweise eine umfangreiche Haushaltsplanung aufgestellt und die aus seiner Sicht umsetzbaren Maßnahmen vorgeschlagen. Hierfür danken wir ausdrücklich und stimmen im Prinzip den vorgeschlagenen Maßnahmen zu.

Bezüglich der Gewerbesteuer und der Grundsteuer weisen wir darauf hin, dass bereits in den Vorjahren diese Abgaben in kaum noch vertretene Höhen gestiegen sind. Hier sehen wir das Ende der Fahnenstange als gekommen an.

Bisher fehlte in allen Sparvorschlägen der Beitrag aller Ratsfraktionen. Die AfD Ratsfraktion hatte bereits in der dritten Sitzung des Rates am 16.12.2020 eine Reduzierung der Fraktionszuwendungen vorgeschlagen und beantragt. Damals wurde unser Antrag als populistisch und verwerflich mit den Stimmen aller anderen im Rat vertretenen Parteien abgelehnt.

Auch diesmal haben wir einen Antrag eingebracht die Zuwendungen für die Fraktionen, um 20 % im Jahr zu reduzieren.

Im Rahmen unseres Antrages schlagen wir zusätzlich eine strukturelle Änderung vor, die dazu führen würde, dass größere Fraktionen nicht überproportional alimentiert werden. Gleicher Grundbetrag und gleicher Betrag je Fraktionsmitglied sollten selbstverständlich sein. Der Sparbeitrag würde sich noch weiter erhöhen.

Wir hoffen im Interesse der Bürger, dass diesmal alle Parteien im Sinne unserer Bürger entscheiden.

Zum Abschluss meines Vortrages möchte ich Ludwig Ehrhardt zitieren:

Einmal wird der Tag kommen, da der Bürger erfahren muss, dass er die Schulden zu bezahlen hat, die der Staat macht und uns als Wohle des Volkes deklariert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.